I. Original-Artikel.

(Nachdruck verboten.)

Die Lohnbewegung im forstlichen Betriebe.

Von Geh. Regierungsrat Eberts in Cassel.

Die Folgen der Revolution machen sich auch im forstlichen Betriebe geltend. Maßlose Löhne und Abschaffung der Akkordarbeit bei Einführung des Achtstundenarbeitstages werden gefordert. Eine Zeitlang verhielten sich die forstlichen Arbeiter noch ruhig, als aber Arbeiter anderer Betriebe, besonders die Eisenbahnarbeiter, immer höhere Löhne erhielten, da traten auch sie mit zum Teil unerfüllbaren Ansprüchen auf, so daß die preußische Regierung neuerdings sich veranlaßt sah, gegen die uferlose Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Unter dem 2. Januar d. J. erging folgende Anordnung:

„Wenn angesichts der langen Dauer des Krieges und der damit notwendig verbundenen Verteuerung aller Lebensverhältnisse die Löhne der Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr nicht ohne Grund erheblich gestiegen, so haben sie in neuester Zeit auf Drängen der Arbeiter vielerorts eine Höhe erreicht, deren weitere Steigerung nicht mehr mit der herrschenden Teuerung gerechtfertigt werden kann. Zu solchen Löhnen kann nutzbringende Arbeit nicht mehr geleistet werden, vielmehr muß das gesamte Wirtschaftsleben zum Erliegen kommen. Dadurch aber würde die Not des schwergeprüften Vaterlandes ins Grenzenlose wachsen und ein Elend entstehen, unter dem die Arbeiterschaft selbst am meisten leiden würde. Die preußische Regierung, des Ernstes der Lage sich voll bewußt, hat sich daher veranlaßt gesehen, folgende Verordnung zu erlassen:

Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, die die schwersten Befürchtungen erwarten und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die beklagenswerte, aber unvermeidliche

Folge davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn, noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten.

Die Herren Fachminister werden daher ersucht, an sie herantretende Lohnforderungen zwar in voller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuweisen.“

Dieser vernünftige und sehr zeitgemäße Erlaß kann sehr segensreich wirken, er wird es aber nur dann tun, wenn er von allen Verwaltungen gleichmäßig beachtet werden wird. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter selbst durch die übertrieben hohen Löhne am meisten leiden würden.

Allgemein hatte man erwartet, daß nach Beendigung des Krieges und nach Rückkehr der Millionen arbeitskräftiger Männer in die Heimat infolge des Aufhörens des Mangels an Arbeitskräften ein Sinken der während des Krieges sehr erheblich gestiegenen Löhne eintreten werde. Das Gegenteil ist eingetreten. Und mit dem Steigen der Löhne ist ein Steigen aller Lebensbedürfnisse, vor allem ein Steigen aller Produktionskosten verbunden. Die hohen Löhne untergraben vollends die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie.

Wie sollen wir künftig noch exportieren, wenn unsere Produktionskosten weit über denen des Weltmarktes stehen? Wenn wir aber nicht exportieren, können wir auch nicht importieren, können weder Rohstoffe noch Lebensmittel einführen.

Der Arbeiter, der fortgesetzt auf höhere Löhne drängt, lebt in dem Wahne, mit Hilfe seiner höheren Einnahmen auch mehr kaufen zu können. Dies ist aber nicht der Fall, denn einerseits ist der Vorrat an Gütern infolge der vierjährigen Blockade und der geringen Produktion außerordentlich gering, und andererseits werden die Preise durch die hohen Löhne ins Maßlose in die Höhe getrieben. Die schlimmste Folge aller

dieser Preissteigerungen ist aber, daß wir uns immer mehr von den Preisen des Weltmarktes entfernen und hierdurch unsere Industrie bald gänzlich darniederliegen wird. Der Leidtragende ist auch hier in erster Linie der Arbeiter selbst. Hierüber die Arbeiterschaft aufzuklären, ist dringend notwendig und es wäre erwünscht, daß seitens der Regierung in dieser Richtung die nötigen Schritte getan werden.

In vielen Fällen werden die neuerdings auch für die forstwirtschaftlichen Arbeiter eingeführten Arbeiterausschüsse hierzu die geeignete Gelegenheit bieten.

Ein solcher Arbeitsausschuß ist nach Maßgabe des Erlasses des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 16. Dezember 1918 für den Betrieb einer jeden Staatsobersforsterei zu bilden. Jeder Schutzbezirk entsendet einen Vertreter in denselben. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen. Die Mitglieder und Stellvertreter werden von den volljährigen ständigen Arbeitern und Arbeiterinnen jedes Schutzbezirks aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach einfacher Stimmenmehrheit für ein Kalenderjahr gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Jeder Wahlberechtigte kann nur in einem Schutzbezirk wählen. Im Zweifelsfalle entscheidet der Wähler, in welchem Bezirke er wählen will.

Als ständige Arbeiter werden solche Arbeiter angesehen, die ständig beschäftigt werden oder doch der Verwaltung ständig zur Verfügung stehen, die also nur bei fehlender Arbeitsgelegenheit nicht beschäftigt sind, oder bei denen aus der Beschaffenheit oder dem Zwecke der Dienste auf ein länger währendes Dienstverhältnis geschlossen werden muß, also unter Ausschluß der ausdrücklich nur zu vorübergehenden Zwecken angenommenen Gelegenheitsarbeiter.

Der Revierverwalter ernennt die Wahl an und leitet sie. Mit der Leitung kann er den zuständigen Forstschutzbeamten beauftragen.

Dem Arbeiterausschuß liegt es ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Walдарbeiterschaft und zwischen der Arbeiterschaft und der Staatsforstverwaltung zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeiterverhältnisse beziehen, zur Kenntnis der Forstverwaltung zu bringen und sich dieser gegenüber darüber zu äußern. Die Mitglieder des Arbeiterausschusses wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, der die Verbindung mit der Forstverwaltung aufrecht zu erhalten hat. Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder muß vom Revierverwalter eine Sitzung des Arbeiterausschusses anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung

geleht werden. Für die Teilnahme an den vom Revierverwalter nach eigenem Ermessen oder auf Wunsch der Ausschußmitglieder einberufenen und von ihm zu leitenden Sitzungen sind notwendige bare Auslagen an Fahrgeld zu erstatten und außerdem Vergütungen zu gewähren. Diese sind zu bemessen bei Unterbrechung von Akkordarbeit nach dem durchschnittlichen Akkordverdienst dieser Arbeit, im übrigen nach dem für den Arbeiter in Frage kommenden Tagelohnsatz. —

Wenn es auch aussichtslos sein würde, versuchen zu wollen, die Löhne wieder auf die Höhe zu bringen, die sie vor dem Kriege hatten, so ist es doch sowohl der Industrie wie den land- und forstwirtschaftlichen usw. Betrieben unmöglich, die Löhne weiter zu zahlen, die heute von den Arbeitern gefordert werden. Bei diesen Löhnen würden die Ausgaben eine solche Höhe erreichen, daß die Betriebe sehr bald jede Arbeit einstellen müssen.

Der forstliche Betrieb hat einen großen Einfluß auf viele andere Betriebe. Steigen die Arbeitslöhne weiter, dann werden die Holzpreise eine solche Höhe erreichen, daß viele andere Betriebe, die mittelbar oder unmittelbar Holz gebrauchen, nachteilig beeinflusst werden.

Von allen Seiten wird zum Bau von Wohnungen aufgefordert, um den vorhandenen großen Wohnungsmangel zu beseitigen, aber gebaut wird nicht. Wie die „Kölnische Zeitung“ zutreffend ausführt, scheut sich jeder, jetzt damit zu beginnen, weil die hohen Löhne und Warenpreise jede Berechnung über den Haufen werfen. Vor dem Kriege kostete ein Einfamilienhäuschen für Arbeiter mit 3—4 Zimmern und Nebengelass rund 4500 *M.* Bei den niedrigen Hypothekenzinsen, Steuern, Reparaturkosten usw. vor dem Kriege konnte man sich mit 6½ v. H. der Baukosten bei der Mietsberechnung begnügen, d. h. ein solches Häuschen konnte mit 300 *M.* Miete im Jahre ohne Schaden für den Bauherrn vermietet werden. Bei den jetzigen Löhnen und Preisen kostet ein solches Häuschen etwa 3—4 mal so viel; also mindestens 12000 *M.* Da wir, in Zukunft hohe Hypothekenzinsen, Steuern, Reparaturkosten usw. zu zahlen haben werden, wird man bei der Mietsberechnung nicht mehr mit 6½ v. H. auskommen, sondern 7½—8 v. H. fordern müssen. Für eine solche Arbeiterwohnung werden also statt 300 *M.* jetzt 900 *M.* zu zahlen sein.

Aus dieser Berechnung ergibt sich zunächst, daß es heute für einen Privatbauunternehmer ausgeschlossen ist, auf eigenes Wagnis Häuser zu bauen, dann aber weiter die Tatsache: statt mehr Verdienst und Arbeit, vermehrte Arbeitslosigkeit infolge der hohen Löhne.

Ähnlich liegen die Verhältnisse auf allen Gebieten. Durch die

hohen Grubenholzpreise steigen die Kohlenpreise und wegen der hohen Kohlenpreise und des herrschenden Kohlenmangels, vor allem aber wegen der hohen Werbungskosten, betragen die Brennholzpreise das 2—3 fache der Preise vor dem Kriege. Auch hier ist wieder der Arbeiter selbst der Hauptleidtragende!

Hand in Hand mit diesen übertriebenen Lohnforderungen geht die Forderung der Abschaffung der Akkordarbeit. Auch hier arbeitet der Arbeiter wieder unmittelbar gegen seine eigenen Interessen. Bei der Akkordarbeit hat es ein Arbeiter in der Hand, durch Fleiß und Geschicklichkeit seinen Verdienst wesentlich zu erhöhen und jede ihm passende Zeit auszunutzen. Die Akkordarbeit gewährt ihm weit größere Selbständigkeit und Freiheit als die Tagelohnarbeit. Bei letzterer ist er an die festgesetzte Stunde des Arbeitsbeginns gebunden. Besonders für den Holzhauereibetrieb bietet die Akkordarbeit so viele Vorzüge, daß man sich wundern muß, daß man in Arbeiterkreisen überhaupt die Einführung der Tagelohnarbeit in Betracht zieht. Für Faulenzer ist die Tagelohnarbeit allerdings bequemer, fleißige und tüchtige Arbeiter werden ihr aber die Akkordarbeit bei weitem vorziehen. Diese hat sich beim Holzhauereibetriebe allgemein bewährt und ist daher auch wohl allgemein eingeführt. Sie entspricht nicht nur den Interessen der Waldbesitzer, sondern wie in Nummer 6 der „Silva“ ausgeführt wird, auch den Interessen der Arbeiter. Sie ermöglicht es, die Arbeiter in kleineren oder größeren Rotten in den ihrem Wohnorte zunächst gelegenen Schlägen zu beschäftigen und gewährt ihnen hinsichtlich der Zeit- und Arbeitseinteilung die weitgehendste Freiheit. Letzteres ist für die größte Zahl der Arbeiter, die meist selbst eine eigene, wenn auch kleine, Landwirtschaft besitzen, von größter Wichtigkeit. Ihnen muß es möglich sein, ihre Arbeit im Walde in Einklang mit den landwirtschaftlichen Arbeiten zu bringen. Die Akkordarbeit bietet hierzu die beste Gelegenheit. Bei Einführung der Tagelohnarbeit beim Hauereibetriebe müßten die Arbeiter je eines Försterbezirks gemeinschaftlich unter Aufsicht des betreffenden Försters an einem einzigen Orte beschäftigt werden, denn bei Tagelohnarbeit ist eine ständige Aufsicht unbedingt erforderlich. Hierdurch würden die aus verschiedenen Orten stammenden Arbeiter gezwungen sein, oft weite Wege bis zur Arbeitsstelle zurückzulegen, während bei der Akkordarbeit, bei der eine stete Beaufsichtigung nicht erforderlich ist, den Arbeitern immer die in der Nähe ihrer Wohnorte gelegenen Arbeitsstellen zugewiesen werden können. Außerdem würden bei Ausführung der Hiebe im Tagelohn die Arbeiten an den Tagen ausgesetzt werden müssen, an denen der Förster durch andere Dienstgeschäfte, insbesondere durch Aufmessung, Numerierung u. s. w. der

sonstigen Schläge, in Anspruch genommen wird. Hierdurch würden die Arbeiter an manchen Tagen beschäftigungslos werden!

Auch kommt es im Winter öfters vor, daß morgens früh die Witterung eine Waldarbeit unmöglich erscheinen läßt, daß aber im Laufe des Tages das Wetter sich bessert und die Arbeit ermöglicht. In solchen Fällen kann der Affordarbeiter ohne weiteres die Arbeit jederzeit aufnehmen und jede Stunde ausnützen. Bei der Tagelohnarbeit ist dies ausgeschlossen. Ist morgens zur festgesetzten Zeit nicht mit der Arbeit begonnen, dann ist in der Regel der ganze Arbeitstag für den Arbeiter und den Arbeitgeber verloren.

Beim Eichenschälwaldbetriebe kommt es oft vor, daß an dem einen Tage die Rinde sich gar nicht oder sehr schwer schälen läßt, während sie an anderen Tagen vorzüglich „geht“. Solche Tage nutzt dann der Lohschäler nach Kräften aus. Wenn es morgens noch dunkel ist, fängt er bereits an zu arbeiten und hört erst auf, wenn er nichts mehr sehen kann. Sein Tagesverdienst beläuft sich oft an solchen Tagen auf 12 und mehr Mark. Die Lohschäler würden sicher nicht mit der Abschaffung der Affordarbeit und ebensowenig mit der Einführung des Achtstunden-Arbeitstages einverstanden sein!

Für den land- und forstwirtschaftlichen Betrieb paßt der Achtstunden-Arbeitstag ganz und gar nicht, ist auch glücklicherweise für diese Betriebe nicht vorgeschrieben. Folgenden Ausführungen der „Silva“¹⁾ über die Neuerung, die uns die Revolution zu einer Zeit brachte, wo wir eher eine Verlängerung der Arbeitszeit als eine Verkürzung gebrauchen können, wird wohl jeder Unbefangene vollkommen beistimmen! „In den meisten Betrieben lag auch nicht das geringste Bedürfnis zur Verkürzung der seitherigen Arbeitszeit vor; die bisherigen Einrichtungen stellten mit vereinzelt Ausnahmen keine übertriebenen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter. In den wenigen Fällen, wo dieses etwa geschah, konnten die Arbeitsausschüsse die erforderlichen Änderungen herbeiführen. Daß man gerade jetzt, wo Deutschland seine ganze Kraft aufwenden muß, um der von allen Seiten auf es anstürmenden Schwierigkeiten Herr zu werden, wo es dringender als je notwendig ist, alle Kräfte anzuspannen, um die ungeheuren Schulden und Steuern zu bezahlen, wo es vor allem darauf ankommt, den deutschen Handel und Export wieder zu heben, eine derartige Maßnahme trifft, durch die Deutschlands Kraft und Produktion außerordentlich verringert wird, ist schier unbegreiflich. Man mag diese Maßnahme be-

¹⁾ Der Achtstunden-Arbeitstag. Silva Nr. 6 u. 7, 1919.

leuchten, wie man will, sie hat nur Schattenseiten, sie bringt dem Arbeiter statt Vorteil nur Nachteil und schädigt die Allgemeinheit unendlich. Unsere Stellung bei den Friedensverhandlungen wird durch sie außerordentlich erschwert und das Vertrauen des Auslandes auf unsere Finanzkraft sehr herabgedrückt; unsere Industrie wird in ihrer Leistungsfähigkeit gelähmt und ein großer Teil unserer Arbeiter, die von der Industrie leben, läuft Gefahr, beschäftigungslos zu werden."

An Arbeitslosen haben wir aber schon ohnedies keinen Mangel. Die Zahl derselben in den Städten ist erschreckend groß. In Berlin soll sie Mitte Januar d. J. 170 000 betragen haben. Auf dem Lande fehlt es an vielen Stellen an Arbeitern. Auch größere Forstverwaltungen können infolge Arbeitermangels ihren planmäßigen Einschlag nicht erfüllen. Solange aber wahllos Arbeitslosen Unterstützungen gewährt werden, ist eine Abwanderung derselben aus den Städten auf das Land nicht zu erwarten. Da nützen alle Aufforderungen durch Mauer-Plakate nicht, da kann nur die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung helfen, wenn jemand ohne genügende Begründung die ihm angebotene Arbeitsgelegenheit abweist. Die meisten sogenannten Arbeitslosen wollen nicht arbeiten, ihnen gefällt es viel besser, herumzubummeln und sich unterstützen zu lassen. In Nummer 10 des „Holzmarkt" findet sich eine Anmerkung der Schriftleitung zu einem „Arbeitslosigkeit und Arbeitsgelegenheit" überschriebenen Artikel, die zur Beleuchtung dieser Tatsache mitgeteilt werden soll. Sie lautet:

„Bei der Spartaussbesetzung und der Beschließung unseres Grundstücks (d. h. des Grundstücks des „Holzmarkt", in der Lindenstraße in Berlin) durch die Regierungstruppen sind arge Verwüstungen angerichtet worden. Maurer- und Zimmerleute werden gebraucht. Außer dem Maurer- und Zimmerpolier sind nur wenige Leute auftreibbar gewesen; die Poliere erklären, sie bekommen keine Leute; arbeitslose Maurer und Zimmerer, die sie anstellen wollten, hätten gesagt, für 15 *M* in der Woche arbeiteten sie nicht. Dieses Rechenexempel muß man verstehen, um eine solche Antwort würdigen zu können. Die Leute bekommen in Berlin als Arbeitslose wöchentlich 75 *M* für das Nichtstun, denn außer der Arbeitslosenunterstützung bekommen sie von ihren Verbänden und womöglich auch noch von der Krankenkasse Zahlungen. Beim Nichtstun verdienen sie also 75 *M*, und sie berechnen sich, daß sie beim Arbeiten 90 *M* in der Woche verdienen würden, das subtrahieren sie und sagen, dann bekommen sie ja für die Arbeit nur 15 *M* und dafür arbeiteten sie nicht. Die 75 *M* Arbeitslosen-Unterstützung betrachten die Leute also als ein ersehntes unbestreitbares Recht, und erst was darüber

hinausgeht, betrachten sie als Entgelt für ihre Arbeit. Die ganze Volksmoral ist auf einem Tiefstand angelangt, aus dem es kaum noch eine Rettung gibt. Und die guten und fleißigen Elemente werden durch die Widerhaarigkeit und Bössartigkeit der anderen ebenfalls lahmgelegt, denn in dem ganzen Wirtschaftsleben greift ein Rad ins andere."

Auch im Forstbetriebe fehlt es, wie bereits bemerkt, vielfach an Arbeitern, trotz der günstigsten Bedingungen, die den Arbeitern bei der Übernahme von land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten gestellt worden sind. Uns sind Forstverwaltungen bekannt, die größere Mengen von arbeitslosen Arbeitern angefordert aber bis jetzt nicht einen einzigen Arbeiter erhalten haben.

Das Preussische Landwirtschaftsministerium hat kürzlich hinsichtlich der Beschäftigung Arbeitsloser im Forstbetriebe folgende Verfügung erlassen:

"Das vorübergehend im Ministerium eingerichtete Arbeitsvermittlungsammt, dessen Aufgaben jetzt vom Demobilisationsamt in Berlin mit erfüllt werden, hat am 24. Dezember 1918 von sämtlichen Staatsoberförstereien Meldungen über eine bei diesen mögliche Unterbringung Berliner arbeitswilliger Heeresentlassener eingefordert. Arbeitsgelegenheit ist im Forstbetriebe genügend gegeben, es handelt sich vornehmlich darum, Arbeitslose aus Berlin und anderen Großstädten heraus und der ihnen vielfach weniger bekannten Waldarbeit zuzuführen. Schwierigkeiten bereitet dabei vielfach die Unterbringung und Verpflegung. Sie zu angemessenen Preisen zu beschaffen, wird den Arbeitern oder den von ihnen zunächst zur Erkundung der Verhältnisse zu den Revierverwaltern entsandten Vertrauensmännern nicht immer gelingen. Um den Eintritt solcher Arbeitslosen in die Waldarbeit zu fördern, halte ich es für zweckmäßig, daß die Forstverwaltung, wo dies durchführbar ist, Unterkunft in Baracken, gemieteten Sälen oder anderweit und Verpflegung durch einen Wirt oder in eigenem Betrieb auf Staatskosten beschafft. Die dafür erforderlichen Aufwendungen werden vielfach über den Betrag hinausgehen, den die ortsansässigen Arbeiter hierfür zu machen haben. Bei voller Wiedereinziehung der dem Staate erwachsenen Selbstkosten würden also die aus der Großstadt kommenden Arbeiter, denen, grundsätzlich die gleichen Akkordsätze oder Tagelöhne wie den einheimischen Arbeitern zu gewähren sind, sich schlechter stehen als letztere. Ich genehmige daher, daß in solchen Fällen der von den Arbeitern für Unterkunft und Verpflegung zu ersetzende Betrag hinter den Selbstkosten der Forstverwaltung zurückbleibt und nur in der Höhe bemessen wird, wie er ortsüblich angemessen zu betrachten ist. Bei verheirateten Arbeitern, die ihre Familie

in der Großstadt zurückgelassen haben, kann jener Betrag auch bestimmt werden in Höhe der Ersparnis, die sich durch das Ausscheiden des Arbeiters aus der häuslichen Wirtschaft in der Stadt ergibt. Die Beträge sind vom Revierverwalter vor Inangriffnahme der Arbeit mit den Arbeitern oder deren Vertrauensleuten zu vereinbaren. Vom Staat zu leistende Zuschüsse sind bei den betreffenden Lohnfonds zu verrechnen. Das erforderliche Arbeitsgerät kann auf Staatskosten unter Verrechnung auf die Lohnfonds beschafft und nach den von der Regierung zu stellenden Bedingungen, die insbesondere auch eine Entschädigung für Abnutzung der Geräte vorsehen können, den Arbeitern überlassen werden."

Man sollte meinen, unter solch günstigen Bedingungen würden sich die Arbeitslosen zur Arbeit auf dem Lande drängen. Dies ist aber nicht der Fall. Auch in der Landwirtschaft fehlt es vielfach an Arbeitskräften und es ist zu befürchten, daß viele Landwirte nach dem Weggang der Kriegsgefangenen nicht in der Lage sein werden, ihre Felder ordnungsmäßig zu bewirtschaften, wenn ihnen nicht, erforderlichenfalls durch Zwang, Arbeitskräfte überwiesen werden. Wenn es hier und da wegen Arbeitermangel nicht möglich ist, den planmäßigen Holzeinschlag und die planmäßigen Kulturarbeiten im Walde zur Ausführung zu bringen, so ist dies zwar bedauerlich, aber zu ertragen, wenn aber Vändereien zu einer Zeit, wo wir einer Hungersnot nahe sind, nicht bestellt werden würden, so wäre dies unverzeihlich. Zu welchen Mißständen und Verlusten der Achtstundentag führt, möge schließlich noch an einem Falle, der in Nr. 6 der „Fischereizeitung“ (Neudamm) vom 9. Februar 1919 mitgeteilt wird, gezeigt werden.

„Um mit dem großen Wintergarn unter dem Eise zu fischen, hatte eine Kriegerwitwe eine Anzahl Arbeiter zu einem bestimmten Tagelohn zur Hilfe angenommen. Als bei hereinbrechender Dunkelheit das Netz herausgenommen werden sollte, zog einer der Arbeiter seine Uhr aus der Tasche und bemerkte: „Die 8 Stunden sind nun um, wir gehen nach Hause.“ Wirklich verließen auch alle Arbeiter ohne weiteres die Arbeit und da kein Ersatz beschafft werden konnte, mußte das Netz die Nacht unter dem Eise verbleiben, froz ein und wurde am nächsten Morgen beim Herausnehmen derart beschädigt, daß es zum weiteren Gebrauche gänzlich unbrauchbar war. Die Allgemeinheit wurde hierdurch geschädigt, denn es gab für die Bevölkerung keine Fische; ein Ersatz für das verlorene Netz ist in jetziger Zeit nur schwer und zu sehr hohem Preise zu beschaffen.“ Solche Vorgänge sind natürlich nicht geeignet, die im weiten Kreise vorhandene Abneigung gegen den Achtstundentag zu verringern, zu dessen Einführung jedenfalls der möglichst ungünstigste Zeit-

punkt gewählt worden ist. Jetzt, wo Deutschland darniederliegt, kommt es darauf an, alle Kräfte anzuspannen und die Arbeitsleistung mit allen Mitteln zu vermehren, um Deutschland wieder konkurrenzfähig mit dem Ausland zu machen. Solange nicht alle Großstaaten ausnahmslos den Achtstundentag eingeführt hatten, durfte Deutschland eine derartige die Produktion herabmindernde Einrichtung nicht treffen. Auf Erhöhung, nicht auf Schwächung unserer Arbeitskraft muß heute unser ganzes Bestreben gerichtet sein!

Ist die Vergesellschaftung im Forstbetriebe möglich?

Von Forstmeister Hoffmann, München.

Die Frage, ob der Waldbesitz sich zur Sozialisierung eignet, muß auf Grund eingehender wirtschaftlicher Untersuchungen beantwortet werden, nicht auf Grund von Schlagworten.

Daß im Publikum immer wieder der Ruf nach Vergesellschaftung des Waldbesitzes durch Verstaatlichung, Syndikalisierung oder Aufteilung erschallt, ist der Unkenntnis zuzuschreiben, unter welcher die Forstwirtschaft noch mehr leidet als die Landwirtschaft. Je weniger das Publikum mit dem Wesen einer Sache vertraut ist, um so mehr unterschätzt es diese, um so eher ist es geneigt, über Zweifel und Einwendungen hinweg ein rasches Urteil zu fällen.

Es macht sich gerade in der Gegenwart, in welcher grundlegende Entscheidungen über die wichtigsten wirtschaftlichen Dinge getroffen werden, recht fühlbar, daß die Forstwirtschaft seither ganz im stillen arbeitete.

Nur daher kommt es, daß die Öffentlichkeit ziemlich unklare und unzulängliche Anschauungen über den Forstbetrieb hat, die häufig mit der Vorstellung begrenzt sind, daß der Wald vor noch nicht langer Zeit Allgemeingut gewesen und es jetzt bis zu einem gewissen Grade immer noch sei, daß der Forstwirt hauptsächlich der Jagd hulldige, der Wald unererschöpflich sei, das Wachstum der Bäume ohne Zutun der Forstwirte von statten gehe und der Waldbesitzer aus der Holzernte einen fast arbeits- und kostenlosen Ertrag schöpfe.

Dem Publikum entgeht meist, daß zur Bestandsgründung und Pflege, zur systematischen allgemeinen Behandlung, Ertragsregelung und Nutzung betriebskundige Leitung, sowie zum Vollzug der Betriebsgeschäfte und für die Steuern hohe Kosten erforderlich sind, welchem Aufwand nur ein mäßiger Reinertrag gegenübersteht.